Bekanntmachung nach § 5 Abs. 2 UVPG**Wesentliche Änderung der Kulmbacher Brauerei durch die Erweiterung des Sudhauses auf dem Grundstück Fl.-Nr. 806, Gemarkung Kulmbach**

Die Kulmbacher Brauerei AG beabsichtigt, das Sudhaus mit einem Anbau zu vergrößern und die Leistung der Sudanlage zu erhöhen. Die Kapazität der Sudanlage wird von 12 Sude pro Tag (7.200 hl/d) auf 20 Sude pro Tag (12.000 hl/d) erhöht.

Es handelt sich hierbei um die wesentliche Änderung einer Brauerei, die nach § 16 BImSchG in Verbindung mit Nr. 7.27.1 des Anhang 1 der 4. BImSchV der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung bedarf.

Für das Änderungsvorhaben ist nach § 9 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2, Abs. 4, § 7 Abs. 1 UVPG i. V. m. Nr. 7.26.1 Spalte 2 der Anlage 1 zum UVPG eine allgemeine Vorprüfung erforderlich, da 6 000 hl Bier oder mehr je Tag (hier: 12.000 hl/d) produziert werden und die Brauerei an nicht mehr als 90 aufeinanderfolgenden Tagen im Jahr in Betrieb ist.

Nach überschlägiger Prüfung kann das Vorhaben aufgrund der allgemeinen Vorprüfung unter Berücksichtigung der in Anlage 3 zum UVPG aufgeführten Kriterien keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen hervorrufen, die nach § 25 Abs. 2 UVPG zu berücksichtigen wären.

Bei dem Vorhaben handelt es sich um die Erweiterung einer bestehenden Brauerei im direkten Anschluss an die Bestandsbrauerei. Durch die Sudhauserweiterung kommt es lediglich zu einer geringen Flächeninanspruchnahme auf ökologisch geringwertigen Flächen. Es sind keine erheblichen nachteiligen Auswirkungen auf Tiere, Pflanzen oder die biologische Vielfalt zu erwarten, da es sich um eine relativ kleine Fläche im Innenbereich handelt. Gewässerbeeinträchtigungen sind aufgrund der Entfernung zum Vorhaben nicht zu besorgen. Die beim Betrieb der Brauerei entstehenden Emissionen und Immissionen werden regelmäßig in einem Gutachten zur Luftreinhaltung bewertet. Die Grenzwerte werden sicher eingehalten. Die erforderlichen Maßgaben zu Luftreinhaltung, Lärmschutz und Geruch werden als Nebenbestimmungen im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsbescheid festgesetzt. Eine erhebliche Beeinträchtigung der Schutzgüter Mensch und Luft/Klima ist daher nicht zu besorgen. Durch die Festlegung von Schutz-, Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen in der technischen Vorhabenbeschreibung sowie der Einhaltung von Immissionsrichtwerten und rechtlicher Sicherheitsvorschriften sind für die Erweiterung des Sudhauses keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen prognostiziert.

Das Landratsamt Kulmbach stellt gemäß § 5 Abs. 1 UVPG auf Grundlage der Planunterlagen des Vorhabenträgers sowie eigener Informationen fest, dass keine Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung für das Vorhaben besteht.

Diese Feststellung wird hiermit gemäß § 5 Abs. 2 Satz 1 UVPG bekannt gemacht. Es wird darauf hingewiesen, dass die Feststellung nicht selbständig anfechtbar ist.

Kulmbach, 16.06.2021
Landratsamt Kulmbach

Oliver Hempfling
Regierungsdirektor